

Diversoes de Macau (STDM) und die Gruppe Chung Luen aus der VR China angehören. Die CAM beteiligt sich nach eigenen Angaben mit 1,5 Mrd. Patacas an dem Projekt. Die verbleibenden 2 Mrd. Patacas werden die Hongkong Bank, die Bank of China und ein portugiesisch-französisches Bankenkonsortium zusammen aufbringen. (NfA, 3.10.89)

Im Zusammenhang mit dem geplanten Flughafen wird eine neue Brücke zwischen Macau-Stadt und Taipa gebaut. Ferner kann die Infrastruktur Macaus wesentlich verbessert werden, wenn der bereits begonnene Bau eines Tiefwasserhafens auf der Insel Coloane mit einem Investitionsvolumen von 300 Mio. Patacas (rd. 70 Mio. DM) planmäßig 1990 fertiggestellt wird.

Der von der Hongkonger Regierung angekündigte neue Großflughafen erhält seinen Standort auf der Nordseite der westlich von Hongkong vorgelagerten Insel Lantau. Nach den Plänen der Behörden wird es mit zwei Parallelpisten in einem Gebiet von Chek Lap Koh und riesigen zusätzlichen Landaufschüttungen gebaut. Nach der Fertigstellung der ersten Piste 1997 soll der jetzige Flughafen Kai Tak im Ballungsgebiet Kowloon durch den neuen abgelöst werden. Nach Inbetriebnahme der zweiten Piste im Jahre 2006 wird die Gesamtanlage eine jährliche Abfertigungskapazität für 80 Mio. Passagiere haben, dreimal höher als Kai Tak.

In unmittelbarer Verbindung zu dem Vorhaben sind noch eine Schnellbahn und eine Autobahn durch Tunnel unter und Brücken über dem Meer zu Kowloon und der Insel Hongkong geplant. Das Flughafenprojekt allein kostet nach Regierungsschätzung 35 Mrd. HK\$ (rd. 8,75 Mrd. DM). Einschließlich der Nebenprojekte wie einer neuen Satellitenstadt in der Umgebung des Flughafens, zwei neuen Container-Terminals sowie Erweiterung des Bildungswesens wurden Investitionen in einer Gesamthöhe von 127 Mrd. HK\$ (31,8 Mrd. DM) von der Regierung veranschlagt. 40-60% davon sollen von der privaten Wirtschaft aufgebracht werden und der Rest wird durch öffentliche Mittel finanziert. (DGB, 13.-14.10.89; NfA, 13.10.89; NZZ, 17.10.89; FAZ, 18.10.89; XNA, 14.10.89; AWSJ, 14.10.89; FT, 10.10.89) -ni-

Erhard Louven

## Die wirtschaftliche Situation der Volksrepublik nach dem Massaker

### 1. Einleitende Bemerkungen

Das blutige Massaker auf dem Platz beim Tor des himmlischen Friedens in Beijing am 4. Juni 1989 markiert einen Einschnitt in die 1979 begonnenen Wirtschaftsreformen. Jene Reformer um Zhao Ziyang, die den für den Modernisierungsprozeß benötigten neuen intellektuellen und technokratischen Eliten mehr Einfluß und Partizipation einräumen wollten, sind zurückgedrängt worden. Die neue Richtung wird von orthodox-sozialistisch orientierten Wirtschaftsplanern bestimmt, die die großen staatseigenen Unternehmen favorisieren, der Privatwirtschaft nur noch eine ergänzende Rolle einräumen und wie in den Vorreformzeiten wieder verstärkt an die 'sozialistische Moral' anknüpfen wollen.

Der Kapitalismus, über dessen tatsächliche Ausformung in den westlichen Industrieländern in China nur vage Kenntnisse vorhanden sind, wird verdammt. Die *Wirtschaftszeitung* bezeichnete beispielsweise die "Liebe zum Kapitalismus" als ebenso gefährlich und ansteckend wie die Immunschwächekrankheit Aids. Diese Krankheit zerstöre die Fähigkeit der Menschen zu unterscheiden, sich zu erinnern und zu vergleichen. "Patienten", die mit "Kapitalismus infiziert" seien, verachteten das nationale Interesse und strebten nach "Individualismus", "Freiheit" und "Menschenrechten".<sup>1</sup>

Paradoxerweise haben auch viele chinesische Wissenschaftler und postgraduierte Studenten, die beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland auf der Suche nach der "sozialen Marktwirtschaft" sind, erhebliche Schwierigkeiten, dieses System - wenn es denn überhaupt existiert - hinreichend zu

verstehen. Vor allem nicht erfaßt werden die historischen Rahmenbedingungen, die am Anfang der Bundesrepublik Deutschland gegeben waren. Nicht verstanden werden auch die Rolle des vergleichsweise starken Staates, der den Ordnungsrahmen setzt, die Wirkungsweise eines Rechtsstaates, der die Einhaltung der Regeln und damit die Funktionsfähigkeit des ganzen Systems garantiert. Bei den Gründungsvätern der sozialen Marktwirtschaft kann man immer wieder die Aussage lesen, daß ohne eine starke staatliche Ordnung die Wirtschaft in ein Chaos versinken würde.

Die Volksrepublik China muß ihr eigenes Modell finden. Die Erfahrungen anderer sind nützlich, doch angesichts der so gravierend unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Grundprobleme ist es oft unmöglich, Elemente anderer Wirtschafts- und Sozialsysteme zu übertragen. Wo es hier um neue Sinngebungen für eine im Überfluß lebende Gesellschaft geht, geht es dort für viele um das schiere Überleben.

### 2. Das malthusianische Dilemma verschärft sich

In diesem Jahre ist in der Volksrepublik mit rund 23 Mio. Geburten zu rechnen, die Bevölkerung wird 1989 im Umfange der gesamten Bevölkerung Australiens steigen. Ende 1989 werden in der Volksrepublik 1,111 Mrd. Menschen leben. Rechnet man diese Zahl mit einer jetzt realistischen natürlichen Wachstumsrate von 1,5% auf das Jahr 2000 hoch, so wird die Bevölkerung knapp 1,3 Mrd. betragen. Das wären 100 Mio. Menschen mehr, als die Planer sich das Anfang der 80er Jahre vorgestellt hatten. Diese Menschen



müssen ernährt und gekleidet werden, und zwar aufgrund gestiegener Ansprüche mit wesentlich mehr Aufwand als in den 1950er Jahren.

Dem Bevölkerungswachstum, was aufgrund der neuen Wirtschaftsweise auf dem Lande und der fehlenden sozialen Sicherungssysteme weitere Schubkraft bekommen wird, steht eine immer kritischer werdende ökologische Situation gegenüber, die den Spielraum für eine größere Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion verringert. Es ist dies ein sich zirkulär verstärkender Prozeß, den wir in vielen Entwicklungsländern vorfinden. Aufgrund beispielsweise unzureichender Brennstoffversorgung kommt es zu übermäßigem Holzeinschlag, die Bewaldung nimmt ab. Dies beschleunigt die Bodenerosion, deren Umfang nicht durch neue Aufforstungsprogramme wettgemacht werden kann. Die industrielle Expansion mittels veralteter Technologien bedeutet Luftverschmutzung - in der Folge Krankheiten der verschiedensten Art - sowie sauren Regen, der die Wälder und Böden zusätzlich schädigt.

Alle technischen Indikatoren weisen darauf hin, daß die chinesische Wirtschaft Verschwendungswirtschaft ist. Mit steigender industrieller Produktion gehen Wassermangel und Müllberge einher - letzteres ein Problem, das sich neu stellt, auf das die Verwaltungen der Städte und Kleinstädte überhaupt nicht vorbereitet waren. Remedur kann nur geschaffen werden durch einen systematischen Übergang zur intensiven Wirtschaftsweise, zur besseren, einsatzsparenden Kombination der Produktionsfaktoren, durch Einbeziehung des weltweit vorhandenen Wissens bzw. des Einsatzes moderner Technologien.

Das hier erörterte Problem soll nicht zu einem technischen Problem heruntergeredet werden. Vonnöten ist natürlich auch ein genereller Bewußtseinswandel hinsichtlich des generativen Verhaltens. Ein solcher Wandel kann indes nur einsetzen, wenn ein gewisses Niveau der Entwicklung erreicht ist - d.h. wenn Versorgung, soziale Sicherung und Bildung einen Stand erreicht haben, der traditionelle Einstellungen verändert.

### 3. Gegenwärtige Schwachstellen in der Wirtschaft

In der *Volkszeitung* erschien am 27.10.1989 ein Artikel, der eine Rede des Ministerpräsidenten Li Peng vom 11.10.1989 wiedergibt.<sup>2</sup> Die Aussagen

über die wirtschaftliche Situation klingen vertraut, sie hätten auch Anfang der 80er, Mitte der 70er oder Mitte der 50er Jahre gemacht werden können. Es werden mithin strukturelle Schwächen der Wirtschaft angesprochen. Neu sind nur Aussagen über die offene Inflation; vor Beginn der Reformzeit war die Inflation zurückgestaut, weshalb man sie damals nicht zu erwähnen brauchte.

Im September 1989, so Li, sei in 35 großen und mittelgroßen Städten das Wachstum des Index der Einzelhandelspreise auf 9,7% gesunken, im nationalen Durchschnitt betrage das Wachstum 12 bis 13% - im Gegensatz zu den 26 bis 27% in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Als Daumenregel kann gelten, daß die tatsächliche Inflation das Doppelte der offiziell genannten Zahlen ausmacht. Die Inflation wird aus zwei Quellen gespeist. Obwohl es für eine Reihe von Gütern bereits einen Käufermarkt geben soll, so überschreitet für die meisten Güter die Nachfrage das Angebot - es gibt Verkäufermärkte. Des weiteren kann die Geldmenge nicht wirksam kontrolliert werden, weil das Bankensystem die nötigen Kontrollmethoden noch nicht entwickelt hat.

Nach Angaben von Li Peng habe für 1989 das Ziel darin bestanden, die Investitionsinvestitionen um 20% zu beschneiden, tatsächlich sei jedoch nur eine Verringerung von 10% gelungen. Für das nächste Jahr ist eine weitere Verringerung der Investitionen vorgesehen. Dies wird die Maschinenbauindustrie direkt betreffen. Aber auch die Konsumtionssphäre ist betroffen, weil 40% der Investitionsinvestitionen durch Konsumfonds absorbiert werden.

Ein gravierendes Problem stellen die sog. aufgezwungenen Abgaben dar. Lokale Regierungen und Abteilungen anderer staatlicher Institutionen wenden sich aufgrund ihrer knappen Budgets an die Unternehmen und fordern Mittel für Zwecke, die angesichts der Situation oft unangemessen sind. In diesem Zusammenhang werden alle (staatlichen) Institutionen aufgerufen, von verschwenderischen Banketten abzulassen und sich auf die eigentlichen Ziele zu konzentrieren.

Hinsichtlich der Rolle der Kleinstadt- und Dorfindustrien wird der frühere Parteichef Zhao Ziyang angegriffen. Man stimme nicht mit dem "Genossen Zhao Ziyang" überein, der die Rolle dieser Industrien unangemessen ausgeweitet und versucht habe, einige der

"ungesunden Faktoren" aus diesen Industrien in die großen und mittleren staatlichen Unternehmen zu überführen. Das übermäßig große Wachstum der Kleinstadt- und Dorfindustrien soll kontrolliert werden.

Es müsse, so Li, eine korrekte Politik für die privaten Unternehmen geben. Individuelle und private Wirtschaft seien eine notwendige Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft. Zwar müsse den Unternehmen in diesem Bereich Raum gegeben, doch müßten auch die negativen Faktoren eingeschränkt werden. Die größten Verstöße der Privaten gebe es hinsichtlich der Steuerzahlungen; Steuerhinterziehung oder -betrug seien weit verbreitet. In manchen Gegenden seien 70 bis 80% aller solcher Unternehmen an Gesetzesverstößen beteiligt. Große staatliche Unternehmen sind oft in der angenehmen Lage, mit den Steuerbehörden über großzügige Steuerstundungen oder -erlasse zu verhandeln; die privaten Unternehmen unterliegen nun der verschärften Aufmerksamkeit der Behörden.

Es mag sein, daß in der jetzigen Übergangsphase sich die Aktivitäten vieler Kleinstadt- und Dorfunternehmen, vieler individueller und privater Unternehmen im Wettkampf um die Inputs störend für die großen staatlichen Unternehmen bemerkbar machen. Da im nicht-staatlichen Sektor jedoch häufig private Kapitalien eingesetzt sind, übt dies hinsichtlich der rationellen Verwendung der Mittel einen heilsamen Einfluß aus. Das direkte materielle Interesse vieler kleiner Anleger begünstigt eine "vernünftige" Wirtschaftsweise.

In Lis Rede wird verschiedentlich darauf hingewiesen, daß in den kommenden Jahren die Gürtel enger geschnallt werden müßten. Dies wird auch für die Außenwirtschaft gelten. Immerhin wird hier zugegeben, daß von den in den letzten zehn Jahren importierten fortgeschrittenen Technologien und Ausrüstungen angesichts der tatsächlichen Bedingungen eine Menge nicht die wohl erwartete nützliche Rolle gespielt hätten.

### 4. Die außenwirtschaftliche Position

Unmittelbare Wirkungen des Massakers waren im gesamtwirtschaftlichen Bereich am ehesten in der Außenwirtschaft zu erwarten. Hier erfolgten



denn auch die größten Einbrüche, die zu einem großen Problem in den nächsten Jahren vor allem im Finanzbereich führen werden.

Die hier relevante Frage internationaler Sanktionen ist unterschiedlich diskutiert worden. Eindeutig haben sich internationale Institutionen, z.B. die Weltbank, verhalten. Viele Kredite wurden wenn nicht gestrichen, so doch zumindestens suspendiert. Internationale Institutionen, die sich der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen verpflichtet fühlen, mußten oder konnten so handeln, wie sie gehandelt haben.

Andere Positionen nahm die "private" Wirtschaft der wichtigsten Partnerländer der Volksrepublik ein. Nach einigen verbalen Pflichtübungen stießen Japan und Südkorea voll in eine vermeintlich aufgerissene Lücke - "business as usual". Die westeuropäischen Länder waren zögerlicher, doch auch sie gingen - vielleicht mit Ausnahme Frankreichs - relativ schnell zur Tagesordnung über.

Die Frage wirtschaftlicher Sanktionen ist differenziert zu sehen. Laufende Projekte könnten für eine gewisse Zeit suspendiert werden, müßten aber nach dem Prinzip "Pacta sunt servanda" grundsätzlich ausgeführt werden. Mittleren Unternehmen, die durch einen Fehlschlag eines China-Projektes in eine schwierige Situation kommen könnten, kann es ohnehin niemand verdenken, daß sie abwickeln. Neue Projekte hätten aufgeschoben werden können. Wenn man schon nicht wirtschaftlich reagiert, so hätte man sein Verhalten auf anderen Ebenen situationsadäquat verändern können. Was mögen sich wohl einige sicherlich oppositionell eingestellte chinesische Botschaftsangehörige in der Bundesrepublik Deutschland gedacht haben, als ausgerechnet zu dem Empfang anläßlich des Jahrestages der chinesischen Armee (1.8.1989) eine mit der politischen Sensibilität Ionesco'scher Nashörner ausgestattete Zweihundert-schaft von Industriellen anrückte? Wem sollte Ehre erwiesen werden?

Wäre die Führung durch Sanktionen getroffen worden? Da das Politische in China vor dem Wirtschaftlichen rangiert, spielen Sanktionen bei der Führung zunächst keine gravierende Rolle. Als Nebenbemerkung sei hier gesagt, daß die persönliche Situation der Füh-

ungsgruppe überhaupt nicht tangiert wird. Die Führungsgruppe sitzt abgeschirmt in Zhongnanhai - in einem typischen Getto: "Bonzograd" auf chinesisches. Die Führung kann erst durch eine eventuell durch wirtschaftliche Sanktionen ausgelöste politische Umwälzung direkt getroffen werden.

Im Unterschied zu 1960, als die sowjetische Hilfe für die Volksrepublik schlagartig beendet wurde, haben oder hätten ausländische Sanktionen im Jahre 1989 eine stärkere Wirkung, da der Verflechtungsgrad der technologischen Systeme wesentlich größer ist als 1960. Hinzu kommt, daß der Abstand zwischen der Volksrepublik und den westlichen Industrieländern heute wesentlich größer ist als 1989. Explizites Ziel der Volksrepublik ist es ja aufzuholen.

Zheng Tuobing, der Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, erklärte am 26.10.1989, daß Kredite in einer Gesamthöhe von ca. 10 Mrd. US\$ suspendiert worden seien.<sup>3</sup> Sanktionen hinsichtlich der Exporte und Importe können verschmerzt werden, nicht jedoch Sanktionen bezüglich der Kredite. In den ersten acht Monaten des Jahres 1989 seien beispielsweise die Importe aus Großbritannien um 45% gestiegen. Doch dies sei das Ergebnis von Verträgen aus dem Jahre 1988, die bald abgewickelt seien. Falls die gegenwärtige Lage andauere, werde es zu einer großen Reduzierung des Außenhandels zwischen der Volksrepublik und Großbritannien kommen.

Zheng deutete an, daß die Volksrepublik im nächsten Jahre ihre Devisenreserven angreifen müsse, um alle Zins- und Rückzahlungen pünktlich durchführen zu können. Das Jahr 1990 wird für die Volksrepublik ein schwieriges Jahr hinsichtlich der Auslandsschulden werden, denn es werden viele Rückzahlungen fällig oder es müssen, erstmalig nach zinsfreien Perioden, Zinszahlungen geleistet werden. Als eine vertrauensbildende Maßnahme haben die Chinesen erstmalig Zahlen zur Auslandsverschuldung genannt.<sup>4</sup> Die absolute Verschuldung in Höhe von etwas über 40 Mrd. US\$ sei handhabbar, die Schuldendienststrategie bliebe unter 20%, d.h. unter dem international als kritisch angesehenen Pegel von ca. 25%. Angesichts des weiterhin undurchsichtigen Zustandes des Schuldenmanagements bleibt zu fragen, ob die Schulden tatsächlich korrekt erfaßt worden sind. Fragezeichen ergeben sich insbesondere hinsichtlich der Lieferantenschulden.

## 5. Zukunftsperspektiven

Die sich jetzt abzeichnende neue Politik insbesondere bezüglich der großen staatlichen Unternehmen kann als Zentralisierung und partielle Rückkehr zum Planungssystem der Vorreformzeit angesehen werden. Damit werden viele der neuen Impulse, die zugegebenermaßen sich nicht alle unmittelbar positiv auswirken konnten, neutralisiert. Besonders gravierend scheinen die Wirkungen auf jene Wirtschaftskader zu sein, die etwas Neues versuchen wollten. Ihre Bereitschaft, Veränderungen durchzuführen, wird nach allen Erfahrungen abnehmen. Für eine gewisse Zeit wird es noch positive Effekte geben, die aus den Reformmaßnahmen herrühren. Zu befürchten ist aber, daß es danach zur Stagnation kommt.

Die Strategie der "großen internationalen Zirkulation" - die durchgehende außenwirtschaftliche Öffnung - wird nun kritisiert. Schon vor dem Massaker hatte sich bei den außenwirtschaftlichen Partnern eine gewisse Ernüchterung eingestellt. Der "gewaltige chinesische Markt" hatte sich einmal mehr als Mythos erwiesen. Die tatsächlich realisierbaren Kooperationsmöglichkeiten hatten sich oft angesichts der unübersichtlichen chinesischen Bürokratie als sehr zeitraubend, kosten-trächtig, mithin also wenig lukrativ erwiesen. Die Skepsis der ausländischen Partner wird zunehmen. Dafür hat die Volksrepublik einen zusätzlichen Preis zu zahlen. Das Massaker hat Anlaß gegeben, das "Länderrisiko" für China neu zu bewerten. Das Ergebnis ist eine Herunterstufung hinsichtlich der Kreditsicherheit, was zu deutlich höheren Zinsen geführt hat.

In der Geschichte ist nichts auf Dauer angelegt. Wenn die Macht nach Deng Xiaopings Tod wieder auf die Erde fällt, wird erbittert darum gerungen werden. Niemand kann voraussagen, welche Richtung obsiegen wird - insbesondere in Falle der Volksrepublik, die kein geregelttes Verfahren für die Machtübergabe kennt. Es bleibt die Hoffnung, daß sich Strömungen durchsetzen können, die den immer drängender werdenden Problemen in angemessener Form gerecht werden können.

### Anmerkungen

- 1) Vgl. Jingji Ribao, 12.10.1989.
- 2) Vgl. RMRB, 27.10.1989.
- 3) Vgl. Financial Times, 27.10.1989.
- 4) Vgl. Entsprechende Übersicht in diesem Heft.